



Pressekonferenz

Reformen im Dialog: Wiener Sozialorganisationen gegen Kürzungen im Sozialbereich

Es informieren Sie:

- Robert Mittermair, Verein LOK, Sprecher „Wien bleibt anders“ und der IVS Wien – Interessensvertretung sozialer Dienstleistungsunternehmen für Menschen mit Behinderungen
- Dieter Schrattenholzer, SOS Kinderdorf Wien, für Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe
- Andreas Gampert, Diakonie, für Organisationen der Wohnungslosenhilfe
- Martin Wurzenrainer, Integrationshaus, für Organisationen der Flüchtlingshilfe

Mittwoch, 7. Oktober, um 10 Uhr

das LOKal, Richter gasse 6, 1070 Wien



Kurzfassung

Wiener Sozialorganisationen: Gemeinsam gegen Kürzungen für Menschen in Not

Bündnis „Wien bleibt anders“ bietet der Stadtregierung „Reformen im Dialog“ an

Die Wiener Stadtregierung plant für 2027 drastische Einsparungen im Sozialbereich. In Gesprächen war von einem dreistelligen Millionenbetrag die Rede, den der Fonds Soziales Wien einsparen muss. „Wien bleibt anders“, ein Bündnis Wiener Sozialorganisationen, warnt vor den Folgen für das soziale Netz: weniger Angebote für Menschen mit Behinderungen sowie für Kinder und Jugendliche in Not, geringere Integrationschancen für Geflüchtete, mehr Wohnungs- und Obdachlosigkeit. „Jede 20. Beratungsstunde und jeder 20. Job im Sozialbereich wackeln“, sagt Sprecher Robert Mittermair. Das Bündnis fordert „Reformen im Dialog“ für den Sozialbereich.

Viele Sozialorganisationen stehen schon jetzt stark unter Druck. Tarife und Förderungen wurden in den vergangenen Jahren oft unter der Inflationsrate erhöht, einige Einrichtungen geschlossen und Angebote reduziert. Die geplanten Einsparungen für 2027 entsprechen mindestens drei Prozent des Budgets des Fonds Soziales Wien. Personal- und Sachkosten steigen um ebenfalls rund drei Prozent. Weil Mieten und Energiekosten kaum zu beeinflussen sind, müssen Kürzungen vor allem beim Personal erfolgen. Damit bleibt weniger Zeit für Beratung, Betreuung und Unterstützung.

„Die Organisationen arbeiten schon jetzt am Limit. Sie verfügen in der Regel über keine Rücklagen, mit denen sie Kürzungen in dieser Dimension abfedern können“, betont der Sprecher des Bündnisses, Robert Mittermair. Fehlende Finanzierungszusagen gefährden zudem wichtige neue Projekte.

Kurzfristige Einsparungen - langfristige Folgen

Die Folgen von Kürzungen werden oft erst nach Monaten oder Jahren sichtbar: Jugendliche drohen abzurutschen, die Jugendkriminalität steigt. Menschen mit psychischen Erkrankungen landen häufiger in der stationären Psychiatrie oder im Maßnahmenvollzug. Menschen mit Behinderungen verlieren ihre Selbstständigkeit und landen in der Pflege. Menschen, die die Mindestsicherung verlieren, können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten. „Kurzfristige Einsparungen jetzt verursachen hohe Folgekosten in der Zukunft“, ist Mittermair überzeugt.

In der Behindertenhilfe warten bereits rund 3.000 Menschen mit gültiger Bewilligung auf einen Betreuungsplatz. Weitere Einsparungen gefährden besonders die Unterstützung von Menschen mit komplexem Pflege- und Betreuungsbedarf. Sie landen vermehrt in klassischen Pflegeeinrichtungen, in denen aber das behinderungsbezogene Know-how fehlt. Die gesetzlichen Vorgaben in der Pflege können schon jetzt kaum erfüllt werden.

In der Kinder- und Jugendhilfe fehlen Fachpersonal und Betreuungsplätze für akute Notlagen. Bedarf und Gefährdungsmeldungen steigen. „Wenn Kinder und Jugendliche nicht ausreichend gefördert und geschützt werden, steigt das Risiko für psychische Erkrankungen, Sucht, Straffälligkeit oder spätere Arbeitslosigkeit – mit erheblichen Kosten für die Gesellschaft“, betont Dieter Schrattenholzer, Vertreter von Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe im Bündnis.

Die Flüchtlingshilfe unterstützt Menschen, die bereits in Wien leben, Deutsch lernen, eine Ausbildung absolvieren oder arbeiten. „Wir tragen jeden Tag dazu bei, dass Integration gelingt, Konflikte



vermieden werden und Menschen rasch ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Wer diese Strukturen schwächt, spart kurzfristig Geld, gefährdet aber langfristig den sozialen Zusammenhalt“, warnt Martin Wurzenrainer, der Organisationen der Flüchtlingshilfe vertritt.

Auch der Druck auf die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe steigt. Tarife und Förderungen wurden unter der realen Teuerung erhöht, gleichzeitig steigt der Bedarf. Immer öfter suchen Menschen Unterstützung, die neben ihrer Wohnungsnot mit psychischen Erkrankungen, Sucht oder einem hohen Pflege- und Assistenzbedarf leben. „Komplexere Problemlagen brauchen auch komplexere Unterstützung“, schildert Andreas Gampert von der Diakonie.

Gemeinsam planen, Notlagen verhindern

Das Bündnis fordert angesichts knapper Budgets eine gemeinsame strategische Planung für die kommenden Jahre. „Wir möchten die Qualität unseres sozialen Netzes erhalten. Dazu braucht es dringend einen Prozess struktureller Reformen, um wichtige Bedarfe von Menschen sicherzustellen, die darauf angewiesen sind. Wir sind davon überzeugt, dass im Dialog bessere Ergebnisse gelingen“, erklärt Mittermair.

Potenziale sehen die Organisationen besonders in der Prävention und an den Schnittstellen zwischen Fachbereichen: etwa zwischen Behindertenhilfe und Pflege oder zwischen Flüchtlingshilfe und Wohnungslosenhilfe. Frühzeitige, abgestimmte Unterstützung kann verhindern, dass Menschen in prekäre Lebenssituationen geraten und später auf aufwendigere Hilfen angewiesen sind.

Information: www.wienbleibtanders.at



Langfassung

Wiener Sozialorganisationen: Gemeinsam gegen Kürzungen für Menschen in Not

Bündnis „Wien bleibt anders“ bietet der Stadtregierung „Reformen im Dialog“ an

Die Wiener Stadtregierung plant für das nächste Jahr drastische Einsparungen im Sozialbereich. Die genaue Höhe ist offen, in Gesprächen war von einem dreistelligen Millionenbetrag die Rede, den der Fonds Soziales Wien einsparen muss. „Wien bleibt anders“, ein Bündnis von Wiener Sozialorganisationen, warnt vor den Auswirkungen auf das soziale Netz in Wien: weniger Betreuungsangebote für Menschen mit Behinderungen und für Kinder und Jugendliche in Not, geringere Integrationschancen für Geflüchtete, ein Anstieg der Wohnungs- und Obdachlosigkeit. In einer Pressekonferenz erneuerten Vertreter:innen des Bündnisses ihr Angebot für „Reformen im Dialog“: „Angesichts knapper Budgets brauchen wir eine gemeinsame strategische Planung für die kommenden Jahre“, so Sprecher Robert Mittermair.

Sozialorganisationen aus den Bereichen Behindertenhilfe, Flüchtlingshilfe, Kinder- und Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe haben sich zum Bündnis „Wien bleibt anders“ zusammengeschlossen. Auch die Plattform Zukunft Psychiatrie unterstützt das Bündnis. Die Sozialorganisationen fürchten um die Qualität des sozialen Netzes in Wien.

Schon in den vergangenen Jahren wurden die Tarife für viele Sozialorganisationen nur unter der Inflationsrate erhöht. Einrichtungen wurden geschlossen, Angebote reduziert. Die Kürzungen der Mindestsicherung bedeuten seit Jahresbeginn erhebliche Einkommenseinbußen für zehntausende Menschen - unter anderem für Menschen mit Behinderungen sowie mit psychischen oder körperlichen Erkrankungen. Viele können selbst elementare Grundbedürfnisse nur mehr schwer decken.

Neue Sparmaßnahmen erhöhen den Druck

Für das kommende Jahr hat die Wiener Stadtregierung neue Sparmaßnahmen angekündigt. Sie stellen die Versorgung von Menschen infrage, die dringend Unterstützung benötigen. In Gesprächen war von einem dreistelligen Millionenbetrag die Rede, den der Fonds Soziales Wien für im kommenden Jahr einsparen muss. Das entspricht mindestens drei Prozent des FSW-Budgets. Zusätzlich lassen die Inflation und die bereits fixierte Kollektivvertrags-Erhöhung die Kosten um ebenfalls rund drei Prozent steigen.

„Die Organisationen arbeiten schon jetzt am Limit und verfügen in der Regel über keine Rücklagen, mit denen sie Kürzungen in dieser Dimension abfedern können. Das Fehlen verbindlicher Finanzierungszusagen stellt wichtige neue Projekte infrage“, warnt der Sprecher des Bündnisses, Robert Mittermair.

Einsparungen sind fast ausschließlich im Bereich des Personals möglich. Sachkosten wie Mieten und Energiekosten können nicht beeinflusst werden und steigen überproportional. Mittermair: „Insgesamt wackelt damit jede 20. Beratungsstunde und jeder 20. Job im Sozialbereich. Und für die folgenden Jahre sind weitere Sparmaßnahmen bereits angekündigt.“



Auswirkungen langfristig sichtbar

Viele Auswirkungen werden erst nach Monaten oder Jahren sichtbar: Jugendliche, die nach der Volljährigkeit keinen Betreuungsplatz mehr bekommen, drohen abzurutschen, die Jugendkriminalität steigt. Menschen mit psychischen Erkrankungen können in Krisen seltener aufgefangen werden und landen häufiger in der stationären Psychiatrie oder im Maßnahmenvollzug.

Menschen mit Behinderungen, die keine Betreuung erhalten, verlieren ihre Selbstständigkeit und landen in der Pflege. Menschen, die die Mindestsicherung verlieren, versuchen zunächst noch, bei Freund:innen Unterkunft zu finden. Erst nach und nach tauchen sie in den Beratungsstellen der Wohnungslosenhilfe auf und landen schließlich auf der Straße.

„Kurzfristige Einsparungen jetzt verursachen hohe Folgekosten in der Zukunft“, ist der Sprecher des Bündnisses, Robert Mittermair überzeugt.

Menschen mit Behinderungen: Wartezeiten steigen

Für Menschen mit Behinderungen gibt es schon jetzt lange Wartezeiten. Im vollbetreuten Wohnen, im teilbetreuten Wohnen und im Angebot der Tagesstruktur fehlen 3000 Plätze für Personen mit gültiger Bewilligung. Zusätzlich werden 300 Jugendliche demnächst wegen Volljährigkeit aus der Kinder- und Jugendhilfe entlassen. Sie brauchen auch danach noch Betreuung und Unterstützung.

2025 wurden mehrere Einrichtungen geschlossen. Für 2026 wurden die Kostensätze in der Behindertenhilfe lediglich um 1 Prozent erhöht, obwohl die Kostensteigerung bei 2,5 Prozent lag. „Weitere deutliche Kürzungen der Kostensätze stehen für 2027 im Raum“, schildert Mittermair als Sprecher der IVS Wien.

„Besonders für Menschen, die komplexe Unterstützung brauchen, wird die Betreuung noch schwieriger - etwa, wenn hoher Pflegebedarf und eine psychische Erkrankung zusammenkommen“, so Mittermair. Diese Menschen werden vermehrt in klassischen Pflegeeinrichtungen landen, in denen aber das behinderungsbezogene Know-how fehlt. Die gesetzlichen Vorgaben in der Pflege könnten schon jetzt kaum erfüllt werden.

Schon jetzt gibt es zudem einen massiven Anstieg der Zahl der Betroffenen im sogenannten Maßnahmenvollzug. Diese Zahl wird sich weiter erhöhen, wenn Menschen mit psychischen Erkrankungen im Bereich der Behindertenhilfe nicht mehr ausreichend unterstützt werden können. Österreich entferne sich mit den Sparmaßnahmen immer weiter von den Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention, kritisiert Mittermair.

Flüchtlingshilfe: Einsparungen gefährden Integration

„Auch in der Flüchtlingshilfe arbeiten viele Einrichtungen am absoluten Limit: Wichtige Einrichtungen wurden geschlossen, andere können nur dank Spenden aufrechterhalten werden“, schildert Martin Wurzenrainer, der Organisationen der Flüchtlingshilfe im Bündnis vertritt. Die Förderungen wurden 2025 nur um 1 Prozent erhöht - deutlich unter den realen Kostensteigerungen. Weitere Einsparungen stehen nun im Raum.



„Viele Menschen denken beim Wort Flüchtlingshilfe an Geflüchtete direkt nach ihrer Ankunft. Tatsächlich unterstützen wir Menschen, die bereits hier leben, Deutsch lernen, arbeiten wollen oder bereits arbeiten“, erläutert Wurzenrainer. „Sie treffen Menschen, die Teil dieser Stadt geworden sind - Familien mit Kindern, junge Menschen in Ausbildung oder Menschen mit humanitärem Aufenthalt.“

„Wien ist stark, weil die Stadt in den vergangenen Jahrzehnten auf Zusammenhalt gesetzt hat“, so Wurzenrainer. „Das ist doch genau das, was wir wollen: dass Integration gelingt, Konflikte vermieden werden und Menschen rasch ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Dazu trägt die Flüchtlingshilfe jeden Tag bei. Wer diese Strukturen schwächt, spart kurzfristig Geld, gefährdet aber langfristig den sozialen Zusammenhalt.“

Wohnungslosenhilfe: komplexere Problemlagen

Auch der Druck auf die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe steigt. Tarife und Förderungen wurden unter der realen Teuerung erhöht, gleichzeitig steigt der Bedarf. Immer öfter suchen Menschen Unterstützung, die neben ihrer Wohnungsnot mit psychischen Erkrankungen, Sucht oder einem hohen Pflege- und Assistenzbedarf leben. „Komplexere Problemlagen brauchen auch komplexere Unterstützung“, schildert Andreas Gampert von der Diakonie.

Zudem spüren die Organisationen der Wohnungslosenhilfe schon jetzt, dass spezialisierte Angebote in anderen Bereichen eingeschränkt werden und Wartezeiten steigen. „Für einen Menschen ohne gesichertes Zuhause bedeutet das, länger ohne verlässlichen Schlafplatz zu leben. Es bedeutet Unsicherheit und zusätzlichen psychischen Druck. So kann sich ihre Lebenssituation weiter verschlechtern, statt sich zu stabilisieren“, befürchtet Gampert.

Die Wohnungslosenhilfe muss zunehmend Lücken in Behindertenhilfe, Pflege, Psychiatrie und Suchthilfe auffangen. Kürzungen der Sozialhilfe verursachen neue Mietrückstände und neue Wohnungslosigkeit. Auch Menschen, die durch Housing First wieder eine eigene Wohnung gefunden haben, sind erneut von Wohnungslosigkeit bedroht.

„Soziale Probleme lassen sich nicht wegsparen: Sie verschärfen sich und verlagern sich in andere Bereiche – mit höheren menschlichen und finanziellen Folgekosten“, so das Fazit von Andreas Gampert, der sich für Organisationen der Wohnungslosenhilfe im Bündnis engagiert.

Kinder- und Jugendhilfe an der Belastungsgrenze

In der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten zentrale Einrichtungen bereits jetzt an der Belastungsgrenze. Es mangelt an finanziellen und personellen Ressourcen, insbesondere beim sozialpädagogischen Fachpersonal, schildert Dieter Schrattenholzer, der Organisationen im Bündnis vertritt. „Die Belastung und der Bedarf steigen kontinuierlich. Es gibt mehr Gefährdungsmeldungen. Gleichzeitig fehlen geeignete Plätze, um Kinder und Jugendliche in Notlagen rasch und adäquat unterzubringen.“

Für die Einrichtungen bleiben nur zwei große Hebel: entweder beim Personal einzusparen oder die Auslastung zu erhöhen. Die Folge: weniger Zeit pro Kind oder Jugendlichen. Das führt zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust. Schrattenholzer: „Wenn Kinder und Jugendliche nicht ausreichend



gefördert und geschützt werden, steigt das Risiko für psychische Erkrankungen, Sucht, Straffälligkeit oder spätere Arbeitslosigkeit – mit erheblichen Kosten für die Gesellschaft.“

Die Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe fordern deshalb, das System nicht weiter zu belasten. „Eine ausreichende Finanzierung ist notwendig, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und das Kindeswohl zu sichern. Die Zusammenarbeit zwischen den Trägerorganisationen und der Kinder- und Jugendhilfe Wien war stets von einem hohen Maß an Kooperation und gegenseitigem Vertrauen geprägt. Wir bieten unsere fachliche Unterstützung an, um tragfähige Lösungen zu finden“, betont Schrattenholzer.

Reformen im Dialog

„Wien ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität, mit hervorragenden öffentlichen Dienstleistungen und mit einem dichten sozialen Netz“, betont der Sprecher des Bündnisses „Wien bleibt anders“, Robert Mittermair. „Wir möchten die Qualität dieses sozialen Netzes erhalten. Dazu braucht es dringend einen Prozess struktureller Reformen, um wichtige Bedarfe von Menschen sicherzustellen, die darauf angewiesen sind.“

Die Sozialorganisationen des Bündnisses „Wien bleibt anders“ wollen an so einem strategischen Planungsprozess für den Sozialbereich konstruktiv mitarbeiten: „Wir sind davon überzeugt, dass ein Dialog bessere Ergebnisse bringt.“

Potenziale für Verbesserungen sehen die Organisationen in der Prävention und an den Schnittstellen zwischen verschiedenen Fachbereichen - beispielsweise zwischen der Arbeit für Menschen mit Behinderungen und der Pflege oder zwischen Behindertenhilfe und Wohnungslosenhilfe. „Ausgaben für die Prävention und strukturelle Reformen rechnen sich auch finanziell. Das ist bei der Budgetierung zu berücksichtigen.“

Über das Bündnis „Wien bleibt anders“

„Wien bleibt anders“ ist ein Bündnis von insgesamt rund 80 Sozialorganisationen in Wien. Mitglieder sind die IVS Wien - Interessensvertretung sozialer Dienstleistungsunternehmen für Menschen mit Behinderungen und Organisationen der Wiener Flüchtlingshilfe, der Kinder- und Jugendhilfeträger, der Wohnungslosenhilfe und die Plattform Zukunft Psychiatrie.

Das Bündnis setzt sich dafür ein, die Qualität des sozialen Netzes in Wien zu erhalten - trotz des massiven Spardrucks der Stadt Wien. Die Menschen in der Stadt Wien konnten sich bisher auf das soziale Netz verlassen. „Wien bleibt anders“ setzt sich dafür ein, dass das auch in Zukunft so ist.

Information: www.wienbleibtanders.at



Rückfragehinweis für die Redaktionen:

Bündnis „Wien bleibt anders“, Robert Mittermair, Telefon +43 (664) 60141410, E-Mail

robert.mittermair@lok.at

Pzwei. Pressearbeit, Wolfgang Pendl, Telefon +43 (699) 10016399, E-Mail wolfgang.pendl@pzwei.at